

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis vierteljährlich hier 1.20 M., mit Postzuschlag 1.30 M., im Vierteljahr 1.05 M., im Abzuge Marktsberg 1.05 M. Abonnementspreis nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Fernsprecher Nr. 29.

Fernsprecher Nr. 29.

Neuzeit-Verlag
i. d. Haupt-Post und
gewerblich. Schrift- oder
bureau Nummer bei
Stuttgarter 10 4.
bei mehrmaliger
entsprechend Redakt
Mit dem
Glaubensbekenntnis
und
Schwäb. Landwirt.

Amthliches.

Bekanntmachung der R. Zentralstelle.
Kurs für Wagner im Kassenbau.

Die R. Zentralstelle für Gewerbe und Handel beabsichtigt, im Fall genügender Beteiligung in der Zeit vom 19. November bis 15. Dezember d. J. einen Kurs zur Unterweisung von Wagner im Kassenbau abzuhalten.

Zu dem Kurs werden im Lande ansässige, selbständige Handwerker und ältere Gesellen, in erster Linie solche, welche sich selbständig zu machen im Begriffe sind, zugelassen. Von den Teilnehmern wird vorausgesetzt, daß sie einige Übung im Fachzeichnen schon besitzen. Ein Unterrichtsgeld wird nicht erhoben. Auswärtigen münderbemittelten Teilnehmern wird auf Ansuchen ein Beitrag zu den Kosten der Reise nach Stuttgart gewährt; außerdem kann solchen auswärtigen Kurs-Teilnehmern, welche besonders bedürftig sind, auf Ansuchen und auf Nachweis einer besonderen Bedürftigkeit ein weiterer Beitrag zu den Kosten des Aufenthalts in Stuttgart gewährt werden. Beitragsgesuche sind gleich bei der Anmeldung anzubringen; nachträglich einkommende Gesuche können in der Regel nicht mehr berücksichtigt werden.

Anmeldungen zur Teilnahme an dem Kurs sind durch Vermittlung der Gemeindebehörde des Wohnorts oder des Vorstandes einer örtlichen gewerblichen Vereinigung bis spätestens 1. November 1906 d. J. an die R. Zentralstelle für Gewerbe und Handel einzureichen.

Die Gemeindebehörden und die Vorstände der gewerblichen Vereinigungen werden ersucht, bei der Vorlage der Anmeldungen sich darüber zu äußern, ob die Angewandten nach ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten voransichtlich in der Lage sind, mit Erfolg an dem Kurs sich zu beteiligen und ob ihre Zulassung zu dem Kurs befristet werden kann. Soweit die Angewandten wegen besonderer Bedürftigkeit um Beiträge zu den Kosten des Aufenthalts in Stuttgart nachsuchen, wolle bei der Vorlage der Anmeldungen auch Aufschluß über die Vermögens- und Familienverhältnisse der Gesuchsteller, beziehungsweise auch ihrer Eltern gegeben werden.

Aus den Anmeldungen sollen im Allgemeinen ersichtlich sein: Namen, Beruf, Berufsstellung (ob selbständig oder Geselle), Wohnort und Alter der Angewandten. Außerdem soll auch angegeben sein, ob die Angewandten Übung im Fachzeichnen haben.

Stuttgart, 24. September 1906.

Roßhaf.

An die Schultheißenämter.

Höherer Weisung zufolge soll am 16. Oktober d. J. eine Zählung der im Staate vorhandenen jugendlichen Krüppel vorgenommen werden.

Krüppelkinder sind Kinder, welche infolge angeborener Fehler oder durch Verfall, Verkümmung oder Lähmung oder Muskelkrampf einzelner Körpertheile in der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit ihrer Gliedmaßen dauernd beeinträchtigt sind. Gezählt werden nur Krüppelkinder, die am

Friedel.

Eine Geschichte aus dem Volksleben
von W. D. von Horn. (W. Dertel.)
(Fortsetzung.)

Die schmerzlichen Gefühle, die mein Herz durchzuckten, klangen nicht zu den rohen Scherzen, die hier in dem Wirtshaus das Ohr beleidigten. Außerdem war ich unbeschreiblich müde und legte mich zur Ruhe, wo denn bald der Schlaf sich mit kleinerer Schwere auf mich senkte.

Schon der aufblühende Strahl der Sonne, der zuerst über die Berge leuchtete, weckte mich. Hier brannte es mich an die Sohlen. Ich mußte zu der guten Seele. Jede Minute, die sie länger darble, lastete auf meinem Herzen. Jetzt war ein Augenblick gekommen, wo ich den Reichtum segnete, den Stenobods Blebe mir gegeben. Jetzt dankte ich ihm aus tiefem Herzen doppelt für sein Vermächtnis, dankte Gott, daß es mir also möglich wurde, Blebe zu vergelten mit Liebe. Ich brach sofort auf, als ich mein einfaches Frühstück genossen, und schritt den Weg am Berge hinauf.

Als ich an die Stelle kam, wo ich jenen Seelenkampf zwischen Schelben und Bleiben, zwischen Blebe und Dankbarkeit gekämpft, wo dann das Engelsbild Mariannens mir erschienen war und sie ihre Arme um mich geschlungen, und das seltsame Gefühl des Gelliebseins vom heißgeliebten Wesen mich durchdrang, mußte ich mich niederlegen und jene seltsamen Stunden mir zurückrufen.

16. Oktober 1906 das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Als Gemeinde, in welcher das Krüppelkind gezählt wird, ist sein Aufenthaltsort maßgebend, nicht der Wohnort der Familie, zu welcher es gehört.

Mit Bezugnahme auf die den Schultheißenämtern heute eingehenden Erläuterungen wollen dieselben unverzüglich als vorpflichtige Dienstfache anher berichten, inwiefern Krüppelkinder in jeder Gemeinde sich befinden, um die erforderliche Anzahl Zählkarten aufstellen zu können.
Nagold, 8. Oktober 1906.

R. Oberamt. Ritter.

Politische Uebersicht.

Die Konferenz für Abänderung der deutsch-französischen Literarkonvention hielt in Paris ihre erste Sitzung ab. Die Teilnehmer an der Konferenz einigten sich über die Fassung der beiden ersten Artikel der Konvention, welche an Stelle der entsprechenden Artikel vom Jahr 1883 treten sollen.

Von der Hamburger Bürgerschaft wurde ein Antrag auf Schaffung eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit des Senats einem Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Dieser Antrag ist schon 60 Jahre lang immer wieder eingebracht worden. In der Beratung wurde darauf hingewiesen, daß nach der Verfassung bei Streitigkeiten zwischen dem Senat und der Bürgerschaft das Reichsgericht entscheide und über Verfassungsverletzungen habe der Bürgerausschuss zu wachen; ein Bedürfnis nach einem besonderen Gesetz über die staatsrechtliche Verantwortlichkeit des Senats sei daher wohl kaum vorhanden.

Der Grenzstreit zwischen norwegischen und schwedischen Fischern nimmt eine drohende Wendung, da die schwedischen Behörden fortfahren, den norwegischen Fischern ihre Geräte wegzunehmen. Die Presse verhält sich noch sehr zurückhaltend.

Beträchtliche Unterschleife sollen in Belgrad vorgekommen sein. Das dort erscheinende jugradische Parteiorgan „Objekt“ behauptet in einem „Raub einer halben Million“ überschriebenen Artikel, die Regierung Paris habe die Staatskasse um eine halbe Million Frank geschädigt, in dem sie dem früheren Präsidenten der Slawischen Rika Popowitsch einen Staatswald überließ, für dessen Ausbeutung 100 000 Frank von einer Klassenlotterie erwirkte und jetzt beschloß, diesen Wald um eine halbe Million zurückzukaufen, obwohl er der früheren jugradischen Regierung von Popowitsch um 350 000 Frank angeboten und von der staatlichen Kommission auf 312 000 Frank geschätzt worden sei. Paris habe dies getan, um den in Konkurs geratenen Popowitsch zu retten. Das Blatt nennt deshalb die Regierung eine „Gesellschaft für Plünderung der Staatskassen“.

Das perische Parlament sollte am Sonntag vom Schah eröffnet werden. Wie sich jetzt herausstellt, ist die Finanzlage Persiens trostlos. Dies dürfte den Schah auch bildlich so parlamentsfreundlich gemacht haben.

„Ach, ich hätte den ganzen Tag hier sitzen können, wenn nicht die wachende Stimme der Pflicht in mir laut geworden wäre.“

„Ich rüh mich endlich los und schritt weiter. Am Herde vorbei führte mein Weg. Er war verschwunden, das heißt nicht absichtlich verliert, sondern vernachlässigt und eingesenken, wie der Grabadhügel dessen, der hier gelauert auf den Jagdvogel.“

Auch hier bestärkten Erinnerungen meine Seele, Erinnerungen, so süßer und wehmütiger Natur, daß ich nur langsam meinem Ziele zuschritt.

Mein Weg führte mich zunächst zum Pfarrer. Dort, wo der Arme seinen Todster finden muß, konnte ich hoffen, sichere Kunde zu erhalten.

Ein fremdlicher Mann, in dessen Gesicht eine stille Trauer lag, kam mir so freundlich Weise entgegen.

„Sie ist sehr arm,“ sagte er, „die gute Frau. Hochbetagt, vermag sie, so fern auch der Faden ist, den ihre Hand spinnt, doch nicht ihren Unterhalt zu verdienen. Sie wird von braven Leuten unterstützt; allein das reicht nicht aus, sie vor Mangel zu schützen.“

„Ich nehme innigen Anteil an ihr,“ sagte ich; „ich verdanke ihr unendlich viel. Gott hat mich gesegnet mit Kindern, ich bin weit hergekommen zu vergelten. Gottlob, daß es mir noch möglich ist. Dessen Sie raten, wie und in welcher Weise dies geschehen kann.“

Der würdige Mann drückte meine Hand. „Ach,“ sagte er, „der Herr verläßt die Seinen nicht. Gott segne es Ihnen und vergelte es!“

Die marokkanischen Behörden weigern sich, irgendwelche Maßregeln gegen die Eingeborenen zu unternehmen, denen der Ueberfall in Marakesch zur Last fällt. Die Angreifer sind Angehörige des Telnakammes und dessen Raub ist für den Ueberfall verantwortlich. Sie verlehren täglich in Marakesch, ohne Beheilig zu werden. Neger, die mit den Denten des Scherifs Raalain Hand in Hand gehen, verursachen vielfach Unruhen in Marakesch. Vier Europäer sind mit knapper Not dem Schicksal entgangen, ermordet zu werden. Mehrere Juden und Rohammedaner wurden überfallen.

Das Feg wird gemeldet, daß der deutsche Gesandte, Rosen am Dienstag nachmittag dort eingetroffen ist. — Der Franzose Delbret, der ehemalige Generalkonsul des Präsidentsenden Bahamars, hat sich nach Mexiko geflüchtet, da er von Bahamara mit dem Tod bedroht worden ist.

Der frühere Präsident von Kuba, Palma, wird auf Einladung Roosevelts zur Beratung über die Lage in Kuba nach Washington kommen. Die Vertreter der Mächte in Havanna überreichen der Regierung der Vereinigten Staaten bereits erhebliche Schadenersatzforderungen für Beschädigung fremden Eigentums durch die kubanischen Rebellen.

Präsident Roosevelt hat bei der Einweihung des neuen Staatskapitols in Harrisburg in Pennsylvania eine Rede gehalten, in der er sagte, die Einschränkung der Macht des Bundes gegenüber der Macht der Einzelstaaten sei die wesentliche Ursache für die Beherrschung der Regierung im Kampf gegen Mißbräuche. Diese Ursache bilde das Hauptbollwerk der großen Selbstinteressen, die jede Unterstellung unter eine genügende Regierungskontrolle bekämpfen und fürchteten. Wenn man die Kontrolle und die Beaufsichtigung der großen Eisenbahngesellschaften genügend ausgedehnte, so werde damit alle Notwendigkeit in Wegfall kommen, ein Projekt, wie das der Bahnverkehrsaktung, aufzustellen. Ein solches Projekt werde, von jedem Standpunkt aus betrachtet, ungünstig sein.

Zu den Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe über die Entlassung Bismarcks

(Schreiben die Berl. Neuzeit. Nachr. u. a.)

Unerbaulich im höchsten Grade, wird die Enthüllung über die Vorgänge von 1890 geradezu bedenklich, indem vom Kaiser sowohl wie vom Großherzog von Baden eine Auffassung bekannt wird, die, wenn sie richtig wäre, das geschichtliche Bild des großen Kanzlers hätte verunklaren müssen. Der Kaiser selbst sagt zu Hohenlohe, es habe sich darum gehandelt, „ob die Dynastie Hohenzollern oder die Dynastie Bismarck regieren solle.“ Der Großherzog braucht dieselben Worte und sagt hinzu: „Hätte der Kaiser diesmal nachgegeben, so hätte er jede Autorität verloren, und alles würde lediglich nach Bismarck gebildet und ihm gehorcht haben. Das sei nicht mehr zum Aushalten gewesen.“ Sind sich, so fragen wir, Hohenlohes Erben darüber klar, daß gegen die dokumentarische Festlegung einer derartigen,

„Lassen Sie uns denn beraten.“

Nachdem wir alles erwogen, legte ich ein Kapital in seine Hand nieder, welches ausreichte, die letzten Tage der alten Frau freundlich zu gestalten. Eine gesunde Wohnung sollte gemietet, ein gutes Kosthaus gesucht, ein gutes Bett angekauft werden. Der gute Pfarrer versprach sogleich Hand ans Werk zu legen, und ich begab mich tiefbewegt zu der treuen Wohlthäterin meiner Jugend.

In einem kleinen Kämmerlein, so reinlich, daß man kein Stäubchen wahrnehmen konnte, saß sie und spann. Sie erschrak, als sie den fremden Mann eintreten sah, stand mühsam vom Rade auf und bot mir den Stuhl, auf dem sie gesessen, weil kein zweiter da war.

„Ich hat sie mit zitternder Stimme, sitzen zu bleiben. Sie sah mich mit keck wachsendem Erstaunen an.“

„Was bewegt Euch so, Herr,“ fragte sie, „was sähet Euch zu einer armen, alten Frau, die niemanden mehr in der Welt hat?“

„Wißt Ihr das so gewiß?“ fragte ich.

„Großer Gott!“ rief sie aus, „nur noch einer könnte Teil an mir nehmen — aber — der ist wohl tot!“

„Er lebt!“ sagte ich tief erschüttert.

„Friedel!“ rief sie. „Ach, wo ist er?“

„Er steht vor Euch, Mutter!“ rief ich aus, aber die Stimme versagte.

Sie sank in den Stuhl zurück, und ich kniete vor ihr. „Herr,“ belete sie, „nun laß mich sterben!“
(Fortsetzung folgt.)

aus inneren Gründen unhaltbaren Auffassung jeder gute Deutsche leidenschaftlichen Widerspruch erheben muß, selbst wenn er die Erregung jener Tage in Rechnung stellt! Wird man sich wundern, wenn aus dem Hause Bismarck nunmehr geantwortet werden sollte mit der Herausgabe des dritten Bandes der Gedanken und Erinnerungen... Wie auch immer wir diese Publikation betrachten, sie ist nicht zu rechtfertigen, sie kann nur verwirren, zerlegend wirken. Die Träger des Hohenloheschen Namens können eine solche Wirkung nicht verantworten.

Berlin, 9. Okt. Kaiser Wilhelm hat an den Fürsten Philipp Graf zu Hohenlohe-Schillingensfürst auf Schloß Hohenlohe, dem ältesten Sohn des verstorbenen dritten Reichskanzlers, eine Depesche geschrieben, in der er seinen Tadel ausdrückt über die Veröffentlichung aus dem Hohenloheschen Tagebüchern über die Entlassung des Fürsten Bismarck. Der Fürst hat nach der Prager „Bohemia“ dem Kaiser folgendes geantwortet: Er, Fürst Philipp, habe von der Art der Veröffentlichung der Memoiren des Fürsten Bismarck zu Hohenlohe-Schillingensfürst gar nichts gewußt. Die Memoiren seien Eigentum seines Bruders Alexander (3. Sohn des verstorbenen Fürsten Bismarck; Bezirkspräsident des Oberelsaß) und werden von Professor Curtius in Straßburg herausgegeben. Er, der Fürst, selbst habe von ihrem Inhalt keine Kenntnis gehabt; er habe auf die Veröffentlichung keinen Einfluß genommen und überhaupt nichts davon gewußt. Es sei ihm wohl bekannt gewesen, daß die Veröffentlichung für spätere Zeit in Aussicht genommen war, er sei aber entrückt darüber, daß gerade dieser Teil der Memoiren jetzt veröffentlicht wurde, und er müsse sagen, daß der Kaiser über diese Veröffentlichung mit Recht ungehalten sei.

Berlin, 9. Okt. In der Depesche des Kaisers an den Fürsten Philipp zu Hohenlohe-Schillingensfürst, aus Anlaß der Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten des Fürsten Bismarck zu Hohenlohe bemerkt die Post. Stg. n. a. folgendes: Eine allgemeine Pflicht, zu Veröffentlichungen, die den Kaiser betreffen, dessen Geländnis einzuholen, besteht nicht. Im übrigen ist es gut, wenn Staats- oder Haupter aus der Veröffentlichung dieser Angelegenheiten erfahren, wie jedes ihrer Worte weitergetragen und aufbewahrt, oder gar in kurzer Zeit veröffentlicht wird, wie sie daher alle Veranlassung haben, sich die größte Zurückhaltung aufzuerlegen.

Die Kat.-Ztg. schreibt: Die da und dort auftauchende Vermutung, daß die Veröffentlichung der Hohenlohe-Memoiren die Herausgabe des 3. Bandes der Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck zur Folge haben dürfte, trifft nicht zu. Ueber die Veröffentlichung des 3. Bandes der Gedanken und Erinnerungen hat Fürst Herbert Bismarck bestimmte testamentarische Bestimmungen hinterlassen. — Die Kat.-Ztg. teilt ferner mit: Die Geschichte jener Märztage, natürlich mit Ausnahme dessen, was sich zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck ganz persönlich abspielte, ist auf Befehl des Kaisers von einem damals noch aktiven Staatsmann ausführlich niedergeschrieben worden. Diese Darstellung wird aber jedenfalls erst dann veröffentlicht, wenn sie ein rein geschichtliches Interesse haben wird. Zur Zeit halten die Leute, die die richtigen konnten, es nicht für opportun, zu berichten.

Wien, 8. Okt. Ein Teil der Wiener Presse glaubt, daß zwischen der Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe und der internationalen Situation ein Zusammenhang bestehe. Man nimmt an, daß Kaiser Wilhelm selbst die Veröffentlichung gewünscht (?) habe, um in Österreich-Ungarn die Stimmung für das Bündnis mit Deutschland zu befestigen. Auffällig ist, daß diese Auffassung bis in die hohen Amtskreise hin einigeteilt wird. Gleichwohl hat man allen Grund, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln. Es liegt in der internationalen Situation kein neues Moment vor, das die Benutzung so außerordentlicher Mittel erforderlich machen dürfte. Ganz gewiß ist auch, daß von reichsdeutscher Seite kein Anlaß zu dieser Annahme gefunden worden ist. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und dem Kaiser Wilhelm im Punkte des Rückversicherungsvertrages in Anbetracht waren auch längst bekannt und an den obersten diplomatischen Stellen weiß man über diese Dinge heute viel mehr, als die Denkwürdigkeiten Hohenlohes enthalten.

Ueber Nationalliberale Partei und Mittelstandspolitik

Wahig beim Parteitag in Gollas:

Er führte aus: Ich gehe jetzt auf ein Gebiet ein, auf welchem in unserer Partei die volle Uebereinstimmung herrscht. Die Frage: Was ist Mittelstand? ist schwer zu bezeichnen und man findet da starke Gegensätze zwischen Produzent und Konsument zwischen Landwirtschaft und städtischem Gewerbe, auch eine höher bezahlte Gruppe der Arbeiter kann zum Mittelstand gerechnet werden. Der Redner schilbert dann eingehend, wie sich der Mittelstand entwickelt hat und welche Teile der Bevölkerung dazu zu rechnen sind. Der Mittelstand ist außerordentlich wichtig und alle fortschreitenden Parteien sollten sich mit der Frage beschäftigen, was für ihn zu tun ist. Ein konservativer Führer erklärte einmal, Liberalismus und Mittelstand seien unvereinbar. Wenn aber der Liberalismus irgendwo mit zu fürsorglicher Arbeit berufen ist, so ist es hier, weil es sich um Schichten der Bevölkerung handelt, aus denen er selbst die Mehrzahl seiner Anhänger zieht. In der Mittelstandspolitik muß jedes Mittel versucht werden. Die Fleischversorgung unseres Volkes bedarf entschieden der Verbesserung. Es ist lebhaft

zu bedenken, daß ein Landwirtschaftsminister, als man der schweren Sorgen bezüglich der Fleischversorgung des Volkes Ausdruck gab, ganz nonchalant von einer nur augenblicklichen Fleischnot sprechen konnte. Muß das nicht Verbitterung erregen? (Zustimmung.)

Gewerdefreiheit und Freizügigkeit haben wir dem Deutschen Reich mit auf den Weg gegeben. Das war eine vornehmliche Leistung der Partei. Freilich dürfen wir keinen Mißbrauch dulden und gegen Auswüchse müssen wir uns energisch wenden. Freilich nicht in der Weise, wie eine kleine Gruppe, die „Wirtschaftliche Vereinigung“, die nur durch demagogische Agitation etwas geworden ist und alles besser wissen will als andere, obgleich wir Mittelstandspolitik getrieben haben, ehe diese Leute noch geboren waren. Man fragt, warum der Reichstag nicht rechtzeitig gegen Mißbräuche eingegriffen hat. Das lag daran, weil das Parlament immer mit anderen dringenden Arbeiten beschäftigt war. Dem Ausverkauf unter gewerbliche Kontrolle gestellt wird. Wir hoffen, daß die Regierung demnachst einen entsprechenden Beschlusse einbringt. Auch muß auf Antrag gewerblicher Körperschaften der Staatsanwalt gegen unanständigen Wettbewerb vorgehen. Gegenüber dem reaktionären großen Beschäftigungsnachweis sind wir für den kleinen Beschäftigungsnachweis eingetreten. Eine Erquete über die Lage des Kleinhandels muß erfolgen, dann muß aber auch an die große Aufgabe herangetreten werden, das staatliche Heer der Privatbeamten in die staatliche Versicherung einzugliedern. (Beifall.)

Wir tun dem Staatsgedanken einen ungeheuren Dienst, wenn wir diesen 300 000 Staatsbürgern, die da sagen: Was Ihr den Arbeitern getan habt, das tut an uns doch auch die Türen des Reiches öffnen. (Beifall.) An diese große Aufgabe wollen wir mit derselben Begeisterung herantreten, wie damals als wir im Jahre 1889 die kaiserliche Botenschaft empfingen. Wir wollen auf dem nationalen Boden für den Mittelstand eintreten. Das ist eine Aufgabe, in der wir alle einig sind. (Beifall.)

Von Delegierten aus Kassel, Dalsburg und Essen liegt hiezu folgende Resolution vor: Der Vertretertag der nationalliberalen Partei begrüßt mit Genugtuung die Ausführungen des Abgeordneten Wahig über die Mittelstandspolitik und betont insbesondere die Notwendigkeit einer Revision des Gesetzes zur Bekämpfung des unanständigen Wettbewerbs, namentlich auch in Bezug auf das Ausverkaufswesen und er hofft, von der Mitarbeit seiner Vertreter im Reichstag einen wirksamen Schutz gegen die Handel, Industrie und Gewerbe schädigenden Auswüchse des Ausverkaufswesens. Er hält hier eine Kontrolle durch die Gewerbebehörden für geboten.

Auf Antrag des Abg. Wahig wird dieser Resolution noch folgender Zusatz gegeben: Der Vertretertag erwartet ferner, daß der berechnete Anspruch der Privatangehörigen auf reichsgesetzliche obligatorische Personalversicherung und Invalidenversicherung baldigst erfüllt werde.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Berlin, 9. Okt. (Amliche Meldung.) Die nach den Karradbergen gelaufenen Hottentottbanden, verstärkt durch Zugang der nach dem Orange zurückgewichenen Teile, sowie durch ehemalige Koroalente, machten wiederholt Angriffe auf Wachen und Transportbedeckungen. Nur wenige Tiere fielen in Feindeshand. Die Angriffe wurden überall abge schlagen. — Als besonders rühmlich erwähnt Oberst v. Deimling die Beteiligung eines Erwanders bei Dastfontein gegen einen weit überlegenen Gegner. In diesem Gefechte fielen im ganzen 13 Krieger. 1 Farmer, 4 Büren und 9 Koller wurden schwer verletzt, 2 leicht verwundet. — Bei Streifen im Samocalande kam es zu Zusammenstößen mit Hererotruppen, von denen einer 20 Tote zurückließ. Oberst Deimling ist mit seinem Stabe wieder in Reetmanshoop eingetroffen. — Weiter Heinrich Schindler aus Erlangweien ist am 26. Sept. bei den Karradbergen gefallen (Versch.).

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Regels, 10. Oktober

Eisenbahnfrage. Es wird von dem reisenden Publikum in neuerer Zeit darüber geklagt, daß es nicht mehr möglich sei, unterwegs bei dem Jugpersonal Fahrkarten zu lösen. Diese Annahme ist aber nicht ganz zutreffend. Es mußte der Verkauf solcher Karten nur bei Beträgen von mehr als 55 $\frac{1}{2}$ vom 1. August d. J. an wegen der Fahrkartensteuer eingestellt werden, weil die Berechnung der Steuer durch das Jugpersonal und die Kontrolle über ihre richtige Erhebung nicht durchführbar wäre. Dagegen ist die Abgabe von Fahrkarten bei Beträgen bis zu 55 $\frac{1}{2}$ einschließlich und von Schneidungsflugkarten ohne Unterschied des Fahrpreises durch das Jugpersonal nach wie vor zulässig, da diese Karten nicht steuerpflichtig sind. Die anderen größeren deutschen Staatsbahnenverwaltungen besitzen diese Einrichtung überhaupt nicht.

r. Calw, 10. Okt. Die Juter sind mit dem heutigen Honigtrug, wie allwärts, so auch hier, nicht zufrieden. Seit Menschengedenken gab es kein solches Fehljahr. Nur kalten Bittern konnte etwas Honig genommen werden. Die Schwärme wukten künstlich ernährt werden. Das Dehndgras und der Wald bieten keinen Honig. Der Bienenjäger muß hener tief in die Tälche greifen, um die Fütterungskosten zu decken. Es ist daher nicht zu verwundern, daß pro Pfund echten Honigs 1,50 $\frac{1}{2}$ bezahlt wird.

Stuttgart, 9. Okt. Der Landtag ist auf Dienstag den 16. Oktober einberufen.

Die Finanzkommission der Abgeordneten-Kammer beschäftigte sich gestern mit der Eingabe des Verbandes der württ. Posthalter. Die Bitte um Gewährung einer Entschädigung für Befahrer wurde mit 14 gegen 1 Stimme der Regierung zur erneuten Prüfung übergeben. Die Bitte um Entschädigung im Fall des Aufhörens von Postzufriedenungen wurde der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung übergeben, daß die Postwagen um den wirklichen Wert von der Postverwaltung übernommen werden. Die weitere Bitte um Bewerzung bei Errichtung von Notarämtern wurde der Regierung zur Kenntnisnahme mitgeteilt. — Nach kurzer Debatte wurden die beiden Eingaben des Allgemeinen Deutschen Zentralverbandes und des Schwäbischen Sanderbandes betr. Bekämpfung des Alkoholismus der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben. — Endlich wurde noch die Petition der pensionierten Hüttenwerksarbeiter von Wasseralfingen um Gewährung der vollständigen Invaliden-Rente durch die einstimmige Annahme des folgenden, vom Berichterstatter Rembold-Ralen gestellten Antrags, erledigt: Die Regierung zu ersuchen, demnachst auf eine Neuordnung der Knappschaftsstatuten im Sinne der Regierung hinzuwirken und hierbei insbesondere auf die Befreiung der Bezüge der pensionierten Hüttenwerksarbeiter Bedacht zu sein. — Hiermit hat die Finanzkommission die ihr überwiesenen Eingaben erledigt.

Im dem Landtagswahlkreis. Mit den Landtagswahlen beschäftigte sich eine am Sonntag nachmittag im Saalhof zum Herzog Christoph in Stuttgart abgehaltene Versammlung der württ. Staats- und Gemeindefunktionäre und Arbeiter, die aus allen Teilen des Landes zahlreich besucht war. Die Sekretäre der verschiedenen Verbände legten dabei den Stand der mit den politischen Parteien geführten Verhandlungen dar. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige von Staatsbeamten und Arbeitern aus allen Teilen des Landes sehr stark besuchte Versammlung billigt das bisherige Vorgehen der ständischen Kommission in Bezug auf die bevorstehenden Proporzahlen. Sie hält unbedenktlich der politischen und religiösen Meinungs- und Wahlfreiheit der einzelnen Unterbeamten an der Kandidatur Roth im Neckar-Jagdkreis fest, stimmt der Kandidatur des Postunterbeamten Rader (Vorstand des Postverbandes) für die Stadt Stuttgart zu und heißt die beabsichtigte Aufstellung eines Unterbeamtenkandidaten im Donau-Schwarzwalddkreise im Prinzip gut, wobei vorausgesetzt wird, daß eine Verbindungsmit einer politischen Partei zu Stande kommt. Alles weitere überläßt die Versammlung ihrer ständischen Kommission. Sie fordert endlich die Staatsunterbeamten und Arbeiter in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse auf, bei den Proporzahlen einmütig im Sinne ihrer ständischen Kommission zu handeln.“

r. Stengen, 9. Okt. Wie man hört, soll der Bahndirektor von Sonthausen-Bandelfingen im Frühjahr 1907 in Angriff genommen werden.

r. Schwaibheim DK. Heidenheim, 9. Okt. Der Obermeister Reßel der hiesigen Filiale der Gebr. Schöferschen Zigarrenfabrik in Heidenheim begibt gestern sein 50jähriges Dienstjubiläum als Arbeiter in der genannten Firma. Hierbei wurden ihm von den Inhabern des Geschäfts 500 $\frac{1}{2}$ überreicht. Aus Anlaß seiner gleichzeitigen Jubelfeier wurde ihm von der Firma eine lebenslängliche Pension zugesprochen.

r. Ulm, 8. Okt. Der Wasserstand der Donau ist gegenwärtig noch niedriger, als vor 4 Wochen; er ist auf 40 cm unter den normalen Stand zurückgegangen und zeigt am Pegel an der Donaubrücke 78 cm. Seit langem war der Wasserfluß kein so spärlicher als im heurigen Sommer und Späthjahr.

r. Friedrichshafen, 9. Okt. Der schon seit einiger Zeit mit großer Spannung erwartete neue Ausflieger des Grafen Zeppelin mit seinem leuchtenden Luftschiffe ist heute, von den Witterungsverhältnissen sehr begünstigt, vor sich gegangen. Im Laufe des Vormittags wurden die letzten Vorbereitungen getroffen, um den Ballon aus seiner bei Manzell liegenden großen Halle herauszuholen. Bald nach 12 Uhr wurde er von dem Dampfer Buchhorn, der auch schon früher hier Verwendung gefunden hatte, herausgezogen. Die weiteren mit großer Umsicht getroffenen Vorbereitungen dauerten dann noch bis gegen 1 Uhr; dann erst erhob sich der Ballon, in dem sich Graf Zeppelin selbst, ein Ingenieur und einige Monteur befanden, ca 200 m, um hierauf die Fahrt und zwar unter Steuerung anzutreten. Zunächst nahm er westliche Richtung gegen Konstanz und führte dabei mehrere Manöver mit größter Sicherheit aus. Sodann bog er südlich in der allgemeinen Richtung auf Nördlingen, von wo er wieder um 1/3 Uhr in nordwestlicher Richtung auf Friedrichshafen und Manzell zurückkehrte. Auf der Rückkehr kam er bei Friedrichshafen unter Befreiung eines Kreises in ziemlicher Nähe der Schloßterasse vorbei, von wo der König und die Königin die ganze Fahrt verfolgten. Die beiden Majestäten sahen auf der Nacht Kontrakt dem Ballon nach, um die Landung zu beobachten. Diese ging, nachdem der Abstieg glänzend vollzogen war, glatt von statten, wie denn auch die ganze Fahrt, während der mehrmals mit Sicherheit gegen den Wind gekämpft wurde, als durchaus gelungen bezeichnet werden kann.

Landtagskandidaturen. Im Bezirk Rottenburg wird von Bertramsmännern der Zentrumspartei vorausichtlich der seitherige Abgeordnete Schaß-Seeborn wieder

